

Der Club of Rome will die Arbeitslosigkeit abschaffen

Forscher plädieren für eine „neue Politik der Vollbeschäftigung“ – 20-Stunden-Woche als garantiertes Minimum

Die Arbeitslosigkeit wird abgeschafft. Der Staat garantiert jedem eine bezahlte Grundbeschäftigung von 20 Wochenstunden, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe gibt es nicht mehr. Das Arbeitsleben wird flexibler und endet nicht abrupt mit 60 oder 65, sondern läuft langsam aus. Freiwillige Tätigkeiten werden als wesentlicher Teil des Wohlstands eines Staates erkannt und gefördert. Das sind Kernpunkte einer „neuen Politik“, die der Club of Rome entwerfen ließ.

Der neue Bericht des renommierten Forscher-Clubs heißt „Wie wir arbeiten werden“. Die Autoren, der Ex-Manager Orio Giarini und der Ökonom Patrick M. Liedtke, gehen von der These aus, daß die menschliche Arbeit unentbehrlich für das Selbstwertgefühl ist: „Wir sind, was wir produzieren.“ Gemeint ist damit jedoch nicht nur die klassische Erwerbsarbeit. Aufgewertet werden müßten auch unbezahlte Tätigkeiten für die Familie, wie Kinderbetreuung und Erziehung, oder das Hobby, weil dies maßgeblich zum Funktionieren der Gesellschaft beitrage.

Giarini und Liedtke sehen in der modernen Dienstleistungsgesellschaft keine Möglichkeit für eine Art Vollbeschäftigung, wie sie in Deutschland in der 60er Jahren bestand. Genügend klassische Arbeitsplätze für (fast) alle seien wegen der hohen Produktivitätsgewinne und der veränderten Arbeitsstrukturen weder durch forciertes Wirtschaftswachstum noch durch weitere generelle Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Dennoch müsse die hohe Arbeitslosigkeit – in den Industriestaaten ist derzeit fast jeder zehnte betroffen – dringend abgebaut werden.

Die Autoren schlagen ein „Drei-Schichten“-Modell der Arbeit vor. In der ersten Schicht sorgt der Staat dafür, daß jeder Arbeitslose eine „Grundversorgung“ mit Arbeit bekommt. Motto: „Den Menschen soll geholfen werden, tätig zu sein, anstatt sie dafür zu bezahlen, untätig zu sein.“ Die Mittel, die bei Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und sonstigen Unterstützungen gespart werden, reichten aus, um diese „Basisarbeit offizieller Arbeit“ zu finanzieren – etwa in Sozial- und Sicherheitsdiensten, bei kommunalen Arbeiten sowie im Umweltschutz und der Lehre. „Arbeit ist unendlich vorhanden, vieles aber nicht in der normalen Geldwirtschaft unterzubringen“, sagte Liedtke.

Auch die zweite Schicht – die klassische Erwerbsarbeit, die weiter den „Mittelpunkt der Wirtschaft“ darstelle und außer durch gesetzliche Rahmenbedingungen staatlich nicht reglementiert werden solle – muß sich Giarini und Liedtke zufolge ändern: Mehr Teilzeit, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, Bezahlung nach Leistung statt Seniorität, gleitender Einstieg in das Arbeitsleben (während der Ausbildung) und gleitender Ausstieg, ständige Fortbildung sowie Vermögensbildung bei Arbeitnehmern sollen Produktivität und Wohlstand steigern. Jedoch müßten das Brutto sozialprodukt anders berechnet werden und eine Öko-Steuerreform sicherstellen, daß sich umweltangepaßte Produkte und Dienstleistungen durchsetzen.

Die dritte Schicht – die freiwillige Arbeit – soll laut Giarini/Liedtke etwa dadurch aufgewertet werden, daß sie ähnlich wie das Wirtschaftswachstum durch geeignete Indikatoren regelmäßig gemessen wird. Wie wertvoll unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt oder Ehrenamt ist, zeigt eine Berechnung des Statistischen Bundesamtes: Würde sie in Geld bewertet, läge das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um ein Drittel höher.

Nach: Frankfurter Rundschau Nr. 43 vom 20.02.1998

